

Übersichten

April 1999

Außenpolitik

1 „Heute Jugoslawien, morgen China“, Beijinger Kommentare zum NATO-Einsatz im Kosovo

Wer die offiziellen Kommentare der VRCh zum Kosovo-Konflikt liest, gewinnt den Eindruck, als verstehe sich die chinesische Presse als Sprachrohr der jugoslawischen Propaganda – und als feiere der Berichterstattungsstil der Kulturrevolution fröhlich Wiederauferstehung.

Daß es der NATO nicht um die Erreichung herkömmlicher Ziele, sondern um die Verteidigung der Menschenrechte und um die Verhinderung eines Genozids mitten in Europa geht, scheint den chinesischen Kommentatoren völlig entgangen zu sein.

Da gibt es zunächst einmal keinerlei „ethnische Säuberungen“ durch die Einheiten Milosevics. Zwar behaupteten die USA, die NATO ziele mit ihren Luftschlägen auf die Verhinderung einer „humanitären Katastrophe“ ab. „Die meisten objektiven internationalen Beobachter weisen jedoch darauf hin, daß die wirklichen großen Flüchtlingsströme erst nach Beginn der NATO-Luftschläge eingesetzt haben. Am 5. April belief sich die

Zahl der nach Albanien und Mazedonien fliehenden Menschen auf 200.000 bzw. 115.000.“ (BRu, 1999/16, S.11.)

Es handle sich hier also um keine Vertreibung durch Milosevic, sondern um eine „Flucht“ Hunderttausender von Kosovaren, die durch die Bombardements der NATO ausgelöst worden sei (RMRB, 31.3.99). Der westliche Leser kann hier nur noch den Kopf schütteln!

Nach Meinung der *Volkszeitung* (RMRB, 6.4.99, S.1) ist es im übrigen die NATO, die auf den „Menschenrechten in Jugoslawien herumtrampelt“.

Völlig unberücksichtigt in der chinesischen Berichterstattung bleibt i.ü. auch die unsägliche Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts, bleibt ferner die Tatsache, daß systematische Vertreibungen längst vor Beginn der NATO-Bombardements eingesetzt haben und bleiben nicht zuletzt die Gewissensnöte, die innerwestlichen Auseinandersetzungen und die Abwägungsüberlegungen zwischen Genozid-Verhinderung und der Gefahr von „Kollateralschäden“.

Hält man sich an die chinesischen Darstellungen, so hat sich die NATO mit dem Schlächtermesser zwischen den Zähnen ins Kosovo-Getümmel gestürzt und nach allen Richtungen hin zu morden begonnen.

Desgleichen scheint den chinesischen Berichterstattern die Wirkung der NATO-Bombardements entgangen zu sein; zumindest wird sie als unbedeutend hingestellt. Wörtlich: „Die NATO-Führung mag vergessen haben, daß die Serben in ihrer Geschichte noch nie nachgegeben haben. Die Armee und das Volk in ganz Jugoslawien teilen bitteren Haß auf ihre Feinde und werden gemeinsam Widerstand leisten. ... In der Innenstadt Belgrads läuft fast jeder mit einer Papierzielscheibe herum. Die Bürger sagen: 'Die NATO will uns zum Aufgeben zwingen, also müssen wir unsere Souveränität und nationale Würde mit unseren Körpern verteidigen ... und Schutzschilde aus menschlichen Körpern ... bilden.' Inzwischen sind alle Regierungseinrichtungen und -organisationen reibungslos in ein nationales Verteidigungssystem eingegliedert worden... Auf den Märkten in

Belgrad können die Bürger Gemüse, Früchte und andere Grundnahrungsmittel erwerben. Konzerte finden auf dem Platz im Stadtzentrum statt, ... , Zeitungsjungens verkaufen Morgenmagazine, und die Läden sind geöffnet ... In der Hauptstadt Kosovos, Pristina, können die Menschen ausreichend Brot, Milch und andere Lebensmittel erstehen. Der öffentliche Verkehr in die Vororte läuft normal. Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität ist tagsüber gewährleistet.“ (Ebd., S.11.)

Kein Wort davon, daß Pristina in der Zwischenzeit eine Geisterstadt ist.

Bei der Kriegsberichterstattung wird die Propaganda der serbischen Medien kommentarlos übernommen – wörtlich: „Am 29. März sagte die jugoslawische Seite, daß sie 13 Flugzeuge und 30 Lenkraketen abgeschossen habe. Die Aktion der NATO, die dem Namen nach auf Friedenserhaltung, in Wirklichkeit aber auf eine militärische Okkupation hinausläuft, wird den Frieden in Kosovo nur noch unwahrscheinlicher machen.“ (BRu, 1999/15, S.15.)

Das Bombardement führe keineswegs zur Brechung des serbischen Widerstands, sondern zur „Selbsterstörung“ der NATO, die am 24. März um 20.00 Uhr Ortszeit, also kurz vor ihrem 50. Geburtstag, ihren ersten Militärschlag gegen ein souveränes Land geführt habe. Acht NATO-Mitglieder – die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande und Spanien – hätten sich daran beteiligt. Der Militärschlag habe, so die *China Daily* (17.4.99), „einen blutigen Altar aus Körpern für die NATO-Zukunft“ errichtet. Die NATO-Schläge hätten die Welt zurück „in den Dschungel“ geworfen. „Die NATO – eine regionale Militärorganisation – ist mittlerweile weit über ihre ursprünglichen Zielsetzungen hinausgegangen und hat sich auf einen gefährlichen Weg begeben... Sie hat sich in einen Schlächter verwandelt, der das Messer zückt, um mit ihm auf Nicht-NATO-Länder einzustechen. Die NATO-Bombardements haben nicht nur das Leben von Zivilisten gekostet, sondern sie kosten die NATO auch die eigene politische Zukunft, da ihr Einfluß immer mehr dahinschwindet. Die Barbarei der NATO gegen Jugoslawien kommt einer Öffnung der Pandora-Büchse gleich, weil

sie dazu führt, daß verborgene ethnische Konflikte nun überall ausbrechen.“

Ein Artikel der *China Daily* (CD, 17.4.99) richtet sich besonders scharf gegen zwei der beteiligten Länder, nämlich gegen die USA und gegen Deutschland. Die USA hätten es mit dem Einsatz darauf abgesehen, ihre Hegemoniestellung in der Welt weiter auszubauen und ihr „neues strategisches Konzept“ bereits im Hinblick auf das kommende Jahrhundert auszuprobieren, wobei es ihnen darauf ankomme, die „Akzeptanzbereitschaft“ der UNO zu prüfen (BRu, 1999/17, S.8). Die USA, die sich ja jederzeit wieder aus der Gegend zurückziehen könnten, hinterließen in Europa einen riesigen Scherbenhaufen, da die Europäer nicht nur mit den Flüchtlingen, sondern auch mit dem Wiederaufbau auf dem Balkan zurechtzukommen müßten.

Und Deutschland? „Deutschlands Beteiligung an den Luftschlägen gegen Jugoslawien ist nichts anderes als ein schwerer Schlag gegen die gegenwärtige internationale Ordnung.“ Die „ruchlose Aktion“, die auch gegen das Grundgesetz verstoße, habe harsche Kritik von seiten der linken Parteien hervorgerufen, die immer wieder nach einem Waffenstillstand riefen, um auf diese Weise die Voraussetzungen für wirkungsvolle humanitäre Hilfen zu schaffen.

Die chinesische Propaganda hakt hier offensichtlich bei der PDS und bei einem Teil der Grünen ein, die im deutschen Meinungsbild peripher sind, in den Kommentaren Beijings jedoch als überaus bedeutsam hingestellt werden.

Gelegenheit, den NATO-Einsatz von der völkerrechtlichen Seite her anzuprangern, hatte vor allem der NVK-Vorsitzende Li Peng, als er Ende März/Anfang April Griechenland und die Türkei besuchte (XNA, 1.4. und 6.4.99).

Die NATO-Aktion verletze (1) das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, (2) das Prinzip der friedlichen Lösung von internationalen Streitigkeiten, wie es in Art.2 der UNO-Charta verankert sei, und mißachte (3) das UNO-Prinzip, demzufolge Militäraktionen im Namen

der „Friedenserhaltung“ von der UNO (und übrigens auch von der OSZE) genehmigt werden müßten.

Die Kosovo-Krise zeige, daß in den Augen der USA die nationale Souveränität und Gleichberechtigung offensichtlich nichts mehr wert sei. Falls die Innen- und Außenpolitik eines Landes den Interessen und Wertevorstellungen der USA zuwiderlaufe, nehme sich Washington das Recht einer militärischen Einmischung oder Invasion unter dem Vorwand von „Menschenrechten“ oder von „Hilfeleistungen anlässlich einer humanitären Krise“ heraus. Damit aber gerate die internationale Ordnung aus den Fugen.

Die in Guangzhou erscheinende Tageszeitung *Nanfeng Zhoumo* wählt in einem Leitartikel vom 16.4.99 eine bezeichnende Überschrift: „Heute der Balkan, morgen China“ (SWB, 19.4.99) und deutet damit an, daß es auch in China Kosovos gebe. Noch deutlicher wird dies in einem Kommentar der *Financial Times* (FT, 26.4.99), die von „Kosovo's Tibetan Parallel“ spricht. Die chinesische Führung sei vor allem von der Beobachtung geschockt worden, wie sehr die Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften durch den Verlauf der Kriegsführung beeinflusst werden könne: Der Anblick von albanischen Flüchtlingen habe der NATO-Intervention in den Augen der Öffentlichkeit eine neue Rechtfertigung gegeben. Könne sich dieser Vorgang nicht auch im Falle Tibets, im Falle der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung oder aber Osttimors wiederholen?

In der Volksrepublik sprachen sich nicht nur Partei und Regierung gegen die NATO-Aktionen aus, sondern auch Massenorganisationen, wie z.B. die Chinesische Journalistenvereinigung (XNA, 28.4.99) oder die Chinesische Frauenvereinigung (XNA, 29.4.99).

In Shanghai und Guangzhou wurden in aller Eile „jugoslawische Filmwochen“ eingerichtet (XNA, 3.4.99) und Xinhua startete eine Aufklärungskampagne in Form einer Website, die von angeblich 2 Mio. Interessenten „besucht“ wurde (XNA, 19.4.99).

In vielen März- und April-Kommentaren der chinesischen Presse spielte die Empörung Rußlands über „Verbren-

chen“ der NATO im Kosovo eine herausragende Rolle. Offensichtlich versuchte man hier, via Medienapplaus die Solidarität mit Rußland zu beschwören.

Nachdem sich Moskau am 6. Mai aber auf Grundvorstellungen des Westens eingelassen und sich vor allem von seiner ursprünglich so einseitigen Verurteilung des NATO-Einsatzes distanziert hatte, war eine neue Lage entstanden, auf die auch China reagieren mußte. Material dafür lag zur Zeit der Abfassung dieses Berichts noch nicht vor.

Bezeichnenderweise waren es nur zwei Staaten in Asien, die entschiedenere Kommentare gegen das NATO-Vorgehen abgaben, nämlich Indonesien und China, die ja – hier Osttimor, dort Tibet – allen Anlaß hatten, Unbehagen zu empfinden. Für die anderen asiatischen Staaten war die Kosovo-Frage jedoch sekundär: aus ihrer Sicht handelte es sich hier um ein „fernes Land“ (in diesem Sinn IHT, 14.4.99). (Zu weiteren Ausführungen über die Haltung der VRCh zum Kosovo-Konflikt vergl. das Thema in C.a., 1999/3, S.261-266.) -we-

2 Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Bomben

In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1999 wurde das Gebäude der chinesischen Botschaft in Belgrad durch einen Raketentreffer der NATO zerstört. Dabei kamen drei Menschen ums Leben und 20 wurden verletzt.

Die Folgen waren verheerend: Die chinesische Regierung bezeichnete den Zwischenfall als eine verbrecherische Aktion der NATO und brach schon kurze Zeit später ihre Militärkontakte sowie die Menschenrechtsgespräche mit den USA ab, abgesehen davon, daß jetzt auch eine politische Lösung der Kosovofrage wegen des möglichen Vetos der VR China noch unsicherer geworden war.

Wenige Stunden später kam es in Beijing zum Aufmarsch Zehntausender von Studenten, Arbeitern und sogar buddhistischen Mönchen, die in langen Buskolonnen an das Botschaftsviertel in Beijing herantransportiert wurden, sowie zu gewaltsamen Über-

griffen. Die Polizei bildete eine Kette und sorgte dafür, daß die Schäden peripher blieben, daß also z.B. keine Mitglieder von Botschaften der acht NATO-Staaten, die an den Angriffen gegen Jugoslawien beteiligt sind, direkt behelligt werden konnten.

Vor der amerikanischen Botschaft in Beijing verbrannten jugendliche Demonstranten unter Absingen der Nationalhymne die US-Flagge.

Einen Tag nach der Bombardierung weiteten sich die anti-amerikanischen und gegen die NATO gerichteten Massenproteste auf alle großen Städte des Landes aus. In Beijing zogen vom frühen Sonntagmorgen an (9.5.) organisierte Demonstrationen aus einem Dutzend Universitäten und Mittelschulen im Diplomatenviertel vor die amerikanische und britische Botschaft, deren Zufahrten für den normalen Verkehr und für normale Passanten durch Hundertschaften von Polizei blockiert worden waren.

Rund 30.000 Studenten skandierten an diesem Tag vorwiegend anti-amerikanische Parolen und bezeichneten die NATO als die „neuen Nazis“. Die Demonstranten warfen Steine auf die Botschaft und zündeten auch Brandsätze. Autos mit Botschaftsschildern wurden beschädigt, Scheiben eingeschlagen. „Zahlt die Blutschuld zurück!“, riefen die Demonstranten. Studenten trugen mit Hakenkreuzen bemalte Schilder und setzten US-Präsident Clinton mit Hitler gleich. Viele von ihnen hatten auf ihre T-Shirts oder auf Plakate die bereits in Belgrad üblich gewordenen „Target“-Zielscheiben aufgemalt. Einige Transparente trugen auch die Schriftzeichen für „Menschenrechte“ (*renquan*), die von Strömen von Blut umflossen waren.

Zum schwersten Zwischenfall kam es in der Provinz Chengdu, wo Demonstranten über einen Dachvorsprung in das US-Generalkonsulat gelangten und einen Gebäudeteil in Brand steckten.

Auch das deutsche Generalkonsulat in Guangzhou wurde angegriffen, das Besucherzimmer verwüstet.

Über das Fernsehen gab Politbüromitglied Hu Jintao bekannt, daß die Partei sich nicht in der Lage sehe, der Volkswut Zügel anzulegen.

Wie es der Terminkalender nun einmal wollte, war vom 12. bis 14. Mai ein Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Beijing vorgesehen. Die chinesische Seite veranlaßte in der neuen Situation, daß die Wirtschaftsbegleitung ausgelassen und der Arbeitsbesuch auf einen Tag reduziert wurde.

Dem Bundeskanzler blieb nichts anderes übrig, als seinen Kenntnisstand an die chinesischen Gastgeber weiterzugeben. Sabotage? Fehler? Absicht? – Nichts von alledem. Die NATO hatte erklärt, daß der Beschuß aufgrund fehlerhaften Kartenmaterials vorgenommen worden sei. Man habe die Botschaft aus Versehen für das jugoslawische Waffenbeschaffungsamt gehalten. Diese Version mußte Schröder an die Gastgeber weitergeben.

Schon kurze Zeit später jedoch kamen Zweifel an dieser Version auf, und man fragte sich, ob nicht der jugoslawische Geheimdienst an der Fehlinformationsschraube mitgedreht und z.B. über einen Agenten in Brüssel die Koordinaten für die Zielplanung manipuliert habe. Nichts hätte der jugoslawischen Seite ja willkommener sein können als diese skandalöse Verwicklung eines Ständigen Mitglieds des UNO-Sicherheitsrats in die NATO-Strategie.

Zum Zeitpunkt des Vorfalls war ja gerade die Gefahr akut geworden, daß Rußland sich von seinem „slawischen Bruder“ abwenden und sich der Idee einer bewaffneten Schutztruppe nicht mehr verschließen würde – mit der Folge, daß das Milosevic-Regime endgültig isoliert gewesen wäre.

Ferner war im Zusammenhang mit dem Bombardement das Gerücht aufgekommen, hohe serbische Politiker hätten sich in der Botschaft Chinas versteckt – oder zumindest habe der US-Geheimdienst eine solche Wegtauch-Aktion vermutet. Der Angriff wäre – dieser Logik zufolge – vorsätzlich gewesen.

Kein Wunder, daß in diesem Zusammenhang alles darauf ankam, solche Verdachtsmomente auszuräumen.

Dem deutschen Bundeskanzler scheint dies gelungen zu sein. Vor allem nahm seine Entschuldigung, die er offiziell im Namen der NATO aussprach, viel Sprengstoff aus der Frage heraus.

Auch die Massendemonstrationen klangen nach zwei Tagen schnell wieder ab. Immerhin hatte die chinesische Führung hier mit dem Feuer gespielt: Erstens einmal würde sich eine Übersteigerung der Protestaktion schädlich auf die chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen auswirken, die ja immerhin zu rund 40% am BIP-Wachstum beteiligt sind. Zweitens aber sind noch fast alle Großdemonstrationen dieses Jahrhunderts, die zumeist gegen Japan gerichtet waren, zu einem Schuß nach hinten geworden.

Auch wenn sich die Gemüter also wieder beruhigten, war die Option einer politischen Lösung durch den Zwischenfall nicht gerade verbessert worden; immerhin konnte die UNO-Vetomacht China ja jeden Ansatz wieder zunichte machen.

Um so stärker war jetzt die Einschaltung Rußlands gefragt, mit dem Beijing bekanntlich ja seit 1997 ein Verhältnis „strategischer Partnerschaft“ unterhält und dessen Optionen es deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit befürworten – zumindestens aber nicht durch ein Veto blockieren würde.

Da all diese Vorfälle kurz vor Redaktionsschluß erfolgten, muß eine genauere Bewertung auf die nächste Ausgabe verschoben werden. -we-

3 Die chinesisch-russischen Grenzen sind endgültig markiert

Am 29. April 1999 löste sich die „Russisch-chinesische Grenzdemarkierungskommission“ nach sieben Jahren auf, nachdem sie all jene Streitigkeiten ausgeräumt hatte, die 30 Jahre lang zu Spannungen zwischen beiden Nachbarn geführt hatten.

Die Kommission hat zwei Verträge ausgearbeitet und 175 detaillierte Landkarten sowie dazugehörige Erklärungen elaboriert. Sie hat ferner 2.084 Grenzmarkierungen angebracht, und zwar entlang einer 4.249 km langen gemeinsamen Grenze, die aus zwei Teilen besteht: die östliche Grenze beläuft sich auf 4.195 km und erstreckt sich von der Mongolei bis zum Tumen-Fluß (nahe dem Japanischen Meer), die westliche Grenze überspannt dage-

gen nur eine kurze Strecke von 54 km, nämlich von Kasachstan zur Mongolei, wobei dieser Streckenabschnitt durch schwierigstes Gebirgsgelände führt.

Entlang der Oststrecke mußten nicht weniger als 2.444 Inseln demarkiert werden, von denen 1.163 an Rußland und 1.181 an China fielen.

Trotz ihres überaus sorgfältigen Vorgehens hat die Kommission bisher noch keine Einigung über drei größere umstrittene Flußinseln treffen können, von denen zwei im Ussuri und eine im Argun-Fluß liegen. Diese Entscheidungen seien freilich nur aufgeschoben, nicht jedoch aufgehoben, heißt es. Einstweilen bleibe die russische Kontrolle über alle drei Inseln beibehalten, doch werde man früher oder später auch hier zur Entscheidung schreiben (SCMP, 28.4.99). -we-

4 China und das indisch-pakistanische Raketenduell

Der nukleare Amoklauf vom Mai 1998, bei dem Indien und Pakistan kurz hintereinander Nukleartests durchgeführt und sich auf diese Weise gegeneinander positioniert hatten (dazu ausführlich C.a., 1998/5, S.524-527), ist nunmehr, nach fast einem Jahr, in Form eines Raketen-Amoklaufs wiederholt worden, und zwar wiederum in der gleichen Reihenfolge: Am 11.4. schoß Indien eine Agni-II-Rakete mit einer Reichweite von 2.000 km von der ostindischen Küste aus in den Indischen Ozean. Die Agni-Rakete (*agni* ist der Sanskrit-Ausdruck für „Feuer“) soll in Zukunft das Herzstück der indischen Nuklearpolitik bilden.

Pakistan, das sich als Hauptziel der indischen Rüstung sieht, ließ auch diesmal nicht lange auf eine Gegenaktion warten und feuerte gleich zwei Raketen ab, und zwar am 14. April, also nur drei Tage nach der Vorgabe Indiens, eine Mittel- und am 15. April eine Kurzstreckenrakete. Die Mittelstreckenrakete Ghauri II, benannt nach einem alten pakistanischen Helden, hat eine Reichweite von 2.300 km, die Kurzstreckenrakete vom Typ Shaheen eine Reichweite von max. 800 km. Beide wurden von der südlichen Provinz Sindh aus abgeschossen, und zwar ebenfalls in den Indischen Ozean. Beide Träger könnten mit jeder Art von Sprengstoff bestückt

werden, hieß es in pakistanischen Erklärungen.

Der neue Rüstungswettlauf war nicht zuletzt auch deshalb delikat, weil ausgerechnet am Tag des indischen Tests, nämlich am 11. April 1999 Chinas NVK-Präsident Li Peng in Pakistan zu Besuch war, und weil die pakistanische Gegenreaktion auf den indischen Testversuch zu einer Zeit erfolgte, da Li Peng nach Bangladesh weitergereist war.

China mißbilligte am 13. April den indischen Versuch (XNA, 14.4.99) auf eher zurückhaltende Art und bezeichnete bei einer weiteren Pressekonferenz die pakistanischen Gegentests als bloße Antworten auf die indischen Vorgaben. Allerdings ließ der Sprecher des Außenministeriums bei der Pressekonferenz vom 15. April sein Bedauern darüber einfließen, daß der Wettlauf „nicht zur Stabilität und Sicherheit der südasiatischen Region beiträgt. Wir hoffen, daß alle betroffenen Parteien ernsthaft die Resolution Nr.1172 des UN-Sicherheitsrats beherzigen ... und daß es zu keiner Eskalation des Wettrüstens in Südasien kommt.“ (BRu, 1999, Nr.18, S.10.)

Ganz wohl scheint es der VR China also bei dem Wettrennen zwischen beiden Nachbarn nicht zu sein; dies hindert Beijing jedoch nicht, die Zusammenarbeit mit Pakistan eher noch enger zu gestalten (so Li Peng expressis verbis bei seinem Besuch in Pakistan, XNA, 9.4.99), wobei er auch noch der Hoffnung Ausdruck gab, daß Streitigkeiten zwischen den beiden Nachbarn in Südasien künftig verstärkt durch friedliche Verhandlungen beglichen würden (XNA, 19.4.99). -we-

5 Ministerpräsident Zhu Rongji auf Besuch in den USA und Kanada

Vom 7. bis 14. April besuchte Zhu Rongji die USA und vom 14. bis 21. Kanada.

Zu kaum einem ungünstigeren Zeitpunkt hätte die Visite stattfinden können, da zu dieser Zeit die Bombardements der NATO in Jugoslawien bereits seit zwei Wochen, d.h. seit dem 24. März, im Gange waren, und da sich die VR China überdies – wieder einmal! – mit dem Vorwurf der Spiona-

ge konfrontiert sah: diesmal in Form einer Entwendung von Atomwaffen- und Raketentechnik (ausführlich dazu C.a., 1999/3, Ü 6). Außerdem empörte sich zu dieser Zeit die VRCh gerade gegen US-Pläne, einen weltweiten Raketen-Abwehrschild aufzubauen, der das mühsam erreichte Gleichgewicht militärstrategischer Art wieder hinfällig machen könne (Näheres dazu C.a., 1999/3, Ü 7).

Auf der anderen Seite mußten selbst Gegner der VR China einräumen, daß Beijing mit den USA in vielen Punkten konstruktiv zusammenarbeite, sei es, daß die VRCh 1996 das Abkommen über Nukleartestverbote unterschrieben hatte, sei es, daß sie sich an ihre Verpflichtungen zur Nichtweitergabe von Atomwaffen hielt, daß beide, China und die USA, versuchten, den Raketen- und Atombomben-Ehrgeiz Nordkoreas, Indiens und Pakistans im Zaum zu halten und daß beide auch am gleichen Ende des Seils zogen, wenn es um antiterroristische Maßnahmen oder um Maßnahmen gegen Drogen oder Flugzeugentführungen ging, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Trotz der komplizierten Lage, die den Besuchszeitpunkt kennzeichnete, ging Zhu Rongji geschickt vor und wußte bei seinem einwöchigen Aufenthalt nicht nur die Regierung, sondern auch die amerikanische Öffentlichkeit anzusprechen, indem er nicht nur Washington seine Aufwartung machte, sondern auch in Los Angeles, Denver, Chicago und New York mit den verschiedensten Schichten der Bevölkerung – vor allem des amerikanischen Unternehmertums – in Kontakt trat und seine Zuhörer vom guten Willen der VRCh zu überzeugen wußte.

In der amerikanischen Öffentlichkeit kam die witzige Art Zhu Rongjis gut an, der sein gebrochenes Englisch geschickt einzusetzen wußte, um nicht nur Vorzüge, sondern auch Fehler bei seinen Gastgebern aufs Korn zu nehmen, ohne dadurch verletzend zu wirken. Als Zeitungen darauf hinwiesen, daß er in seinem Gepäck interessante Mitbringsel (in Form von Aufträgen) habe, bat er die Presse, künftig nichts mehr von „Geschenken“ zu erwähnen, da eine solche Gabe allzu leicht als „Wahlkampfunterstützung“ mißdeutet werden könne (*Zhongguo Xinwenshe*, in SWB, 15.4.99).

Vor seiner Abreise habe er übrigens den amerikanischen Botschafter in Beijing, James Sasser, gefragt, wie er sich denn am besten in den USA verhalten solle, und habe daraufhin die Antwort bekommen, „keep always a smiling face“. Diesen Ratschlag umzusetzen falle ihm allerdings nicht leicht, da er in China als „Zhu Iron-face“ bekannt sei (ebd.).

Sympathie hat es dem Ministerpräsidenten auch eingebracht, daß er Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Menschenrechtsbehandlung in seinem Land einräumte – und dies auch noch bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Clinton am 8. April in Washington. China habe Jahrtausende hindurch ein Feudalsystem gehabt, so daß es ihm nicht leicht falle, die Hypotheken dieser langen Tradition innerhalb nur weniger Jahre abzutragen.

Auch auf andere heikle Punkte ging Zhu offen ein. Zu den „Dauerbrennern“ im chinesisch-amerikanischen Verhältnis, die immer wieder für Spannungen sorgen, gehören bekanntlich die Themen „Taiwan“, „Menschenrechte“, „Tibet“, „Handelsprotektionismus“, „Warenpiraterie“ und „horrende Handelsüberschüsse Chinas als Folge unfairer Praktiken“: So habe der chinesische Überschuß allein 1998 bei 57 Mrd. US\$ gelegen – verglichen mit chinesischen Berechnungen, die von lediglich 21 Mrd. US\$ sprechen.

Zhu empfahl vor allem in der „Überschuß“-Frage eine subtilere Betrachtungsweise. Abgesehen davon, daß man den amerikanischen Statistiken, die große Teile des Hongkong-Handels miteinbezögen, nicht folgen könne, sollte die amerikanische Seite doch bedenken, daß mindestens 300.000 Arbeitsplätze in den USA vom Chinahandel abhingen. Außerdem sparten die amerikanischen Verbraucher jährlich über 10 Mrd. US\$ beim Kauf preiswerter chinesischer Konsumgüter (XNA, nach SWB, 5.4.99). Die USA sollten auch nicht vergessen, daß der bilaterale Handel innerhalb von nur 20 Jahren von 2,5 Mrd. US\$ auf 55 Mrd. i.J. 1998 hochgeschossen sei – mit einer jährlichen Zuwachsrate von sage und schreibe 22%. Die USA seien Chinas zweitgrößter Handelspartner; darüber hinaus gebe es 26.000 amerikanisch-chinesische Joint-Venture-

Projekte mit einer Gesamtsumme von 45,8 Mrd. US\$. Die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen hätten auch insofern gute Perspektiven, als Chinas BIP 1998 erneut um 7,8% gewachsen und seine Devisenreserven auf 145 Mrd. US\$ angestiegen seien.

So gesehen sei es wirklich schwer zu verstehen, warum in den USA gegenwärtig wieder einmal eine echte „Kalte-Kriegs-Stimmung“ gegen China aufgekommen sei, vor allem in Teilen des amerikanischen Kongresses.

Im übrigen wies Zhu bei seinem Gespräch mit Clinton darauf hin, daß es nach wie vor die Taiwanfrage sei, die das Kernproblem in den bilateralen Beziehungen abgebe (XNA, 10.4.99). In der Taiwanfrage mußte Zhu denn auch einen der wenigen Negativpunkte seines US-Aufenthalts hinnehmen, insofern er sich nämlich weigerte, einen Gewaltverzicht gegenüber Taiwan auszusprechen, wozu er in persona übrigens auch gar nicht berechtigt gewesen wäre.

Im Zusammenhang mit der Taiwanfrage verwies Zhu auf den früheren amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, der fast vor 140 Jahren auf militärische Gewalt zurückgegriffen habe, um den Separatismus der amerikanischen Südstaaten zu bekämpfen. Clinton zeigte sich erheitert, wollte aber von solchen Analogien nichts wissen.

Trotz des gefälligen Eindrucks, den Zhu hinterließ, hat er das Hauptanliegen seiner Reise nicht erreichen können, nämlich die Zulassung Chinas zur WTO. Immerhin bekam er von der amerikanischen Regierung die Zusicherung, daß sich Washington für eine Zulassung der VRCh zur Welthandelsorganisation noch im Jahre 1999 einsetzen wolle (XNA, 11.4.99). Zhu sprach mehrere Male seine Hoffnung aus, daß diese Zusage nicht in Vergessenheit gerate!

Noch im Vorfeld des Zhu-Besuchs hatte die amerikanische Handelsbevollmächtigte Charlene Barshefsky mit der VR China eine Reihe von Bedingungen für den WTO-Beitritt der VRCh ausgehandelt. Fünf Punkte spielten dabei eine besondere Rolle: (1) Reduzierung der durchschnittlichen Zolltarife auf Landwirtschaftsprodukte von 17% auf 14,5%, (2)

Ermäßigung der Durchschnittszölle für Industrieprodukte von 24,6% auf 9,44%, (3) Zulassung ausländischer Investitionen im Telekommunikationssektor bis zu einem Anteil von 49%, (4) Aufhebung aller Begrenzungen für ausländische Versicherungsfirmen nach dem Schema der jetzt bereits in den Bereichen Shanghai und Guangzhou geltenden Regelungen und (5) Zulassung von Bankgeschäften in lokaler Währung auch für ausländische Banken, und zwar spätestens innerhalb von zwei Jahren (AWSJ, 13.4.99).

Kein Zweifel: Zhu Rongjis Stellung innerhalb der chinesischen Führung – und damit die Sache der Reformen – würde durch einen Beitritt Chinas zur WTO gewaltig gestärkt. Und Zhu braucht Rückenwind, da er bei den großen innerparteilichen Auseinandersetzungen im Herbst 1998 herbe Machtverluste hatte hinnehmen müssen. Damals war es um die Frage gegangen, wie mit Plänen einiger Dissidenten zu verfahren sei, eine „Demokratische Partei Chinas“ zu gründen. Zhu hatte sich für ein moderates Vorgehen gegenüber neuen „politischen Vereinigungen“ und gegenüber den Medien ausgesprochen und entsprechende Staatsratsverordnungen ausarbeiten lassen, woraufhin sein Amtsvorgänger (und Erzfeind), der jetzige NVK-Vorsitzende Li Peng, ihm in die Parade gefahren war und für repressive Schritte plädiert hatte. Angesichts der Asienkrise, die mittlerweile auch China erfaßt hat, und angesichts der „Unwägbarkeiten“ im Vorfeld des 10. Jahrestags des Tiananmen-Massakers hatte sich der Wind damals zugunsten Li Pengs und des konservativen Flügels zu drehen begonnen, der – in der Gestalt des Politbüromitglieds Luo Gan – vor allem den Sicherheits- und Justizapparat beherrscht.

Kein Wunder, daß Zhu auf seiner USA-Reise dauernd im Schatten Jiang Zemin und vor allem Li Pengs stand. Die abendlichen Fernsehberichte über die Auslandsreisen chinesischer Spitzenpolitiker brachten beispielsweise immer zuerst einen Jiang Zemin, der mit dem Emir von Qattar sprach, oder einen Li Peng, der in Thailand Bäume pflanzte, ehe dann auch die Aktivitäten Zhu Rongjis Aufmerksamkeit fanden.

Obwohl Zhu Rongji keinen sofortigen WTO-Beitritt Chinas hatte ertragen können, zog Außenminister Tang Jiaxuan, der den Ministerpräsidenten begleitete, am Ende der Reise ein positives Resultat. Vier Ergebnisse habe der Besuch gebracht, nämlich (1) eine Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen im Hinblick auf die Errichtung einer „konstruktiven strategischen Partnerschaft“ (*jianshexing zhanlüe huoban guanxi*), (2) Stärkung der Freundschaft zwischen beiden Völkern, (3) Fortschritte im Hinblick auf den Beitritt Chinas zur WTO und (4) Impulse für die Zusammenarbeit auf weiteren Gebieten zwischen beiden Ländern (XNA, 16.4.99).

Mit dem Terminus „Freundschaft zwischen den beiden Völkern“ verwies Tang auf die vielfältigen Kontakte, die Zhu während seines achttägigen Besuchs aufgenommen hatte, angefangen vom Besuch des MIT (Massachusetts Institute of Technology) über eine Visite beim Nasdaq Stockmarket (Nasdaq-Börse) bis hin zur Marell Bar Farm in der Nähe von Chicago.

Während Zhus Besuch war auch ein Abkommen über Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet unterzeichnet worden (XNA, 11.4.99).
-we-

Innenpolitik

6 Hochkarätiger Schmuggelring zerschlagen: Gerichtsurteile gegen Parteifunktionäre, Zollbeamte und Militäroffiziere

Als Ergebnis der seit Sommer 1998 laufenden Kampagne gegen den organisierten Schmuggel ist in der südchinesischen Provinz Guangdong ein weitverzweigtes und hochrangig verbundenes Schmuggelnetz zerschlagen worden. Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua bezeichnete den Fall als größten aufgedeckten Schmuggel-skandal in der Geschichte der VR China. (*Hong Kong Standard*, 15.4.99; SCMP, 13.5.99)

Bekannt wurden bislang Urteile gegen vier Geschäftsleute aus der SVR

Hongkong sowie 21 Funktionäre bzw. Offiziere aus Regierungsstellen, Zollbehörden sowie Grenzschutzeinheiten. Die vier Hongkonger sowie zwei leitende Zollbeamte aus Zhanjiang wurden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung acht weiterer Todesurteile wurde vorerst ausgesetzt. Darüber hinaus wurden teils lebenslängliche Freiheitsstrafen verhängt.

Den Hongkonger Initiatoren der Schmuggelaktivitäten wurde zur Last gelegt, nicht nur die Leiter der Zollbehörden in Zhanjiang und Offiziere in der örtlich zuständigen Grenzschutzeinheit, sondern auch den Stadtparteisekretär Chen Tongqing sowie einen stellvertretenden Bürgermeister durch großzügige Geldzahlungen zur passiven Duldung bzw. aktiven Protektion des Schmuggels von Kraftfahrzeugen, Stahlprodukten, Dieselöl sowie Rohzucker veranlaßt zu haben.

Nach noch unbestätigten Hinweisen in der Hongkonger Presse sollen mehr als einhundert Regierungsfunktionäre, Zollbeamte und Marine-Offiziere des Schmuggels und der Bestechlichkeit im Zusammenhang mit der Zhanjiang-Affäre verdächtigt werden. Es soll sich um einen nationalen Schmuggelring handeln, an dessen Spitze der ehemalige - unter anderem für Schmuggelbekämpfung zuständige - Stellvertretende Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou, vermutet wird, der erst kürzlich seines Postens enthoben worden war.

Gegen den hochkarätigen Schmuggelring wurde erst nach direkten Interventionen von Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie von Ministerpräsident Zhu Rongji ermittelt. Die Ermittlungen wurden von Arbeitsgruppen der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission der Kommunistischen Partei geleitet. Der Skandal erlaubt einen seltenen Einblick in die Abgründe und das Ausmaß der illegalen Wirtschaft und der politischen Korruption in der VR China. -hei-

7 Gesetzesvorlage der Regierung verfehlt Mehrheit im Ständigen Ausschuß des NVK

Die überarbeitete Vorlage zum Straßengesetz (*gonglufa*) der VR China, die die Regierung Ende April dem

Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) zur offiziellen Abstimmung unterbreitete, hat die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen in diesem Gremium verfehlt. (XNA, 29.4.99)

Der Ständige Ausschuß hat insgesamt 154 Mitglieder. Nur 77 der 125 anwesenden Delegierten stimmten für das Gesetz. Zwar gab es nur sechs offene Gegenstimmen. Da sich aber 42 Delegierte der Stimme enthielten und 29 der Abstimmung fernblieben bzw. nicht teilnehmen konnten, fehlte letztlich eine Stimme zur Annahme der Vorlage.

Der Entwurf der Regierung zum Straßengesetz war bereits sehr umstritten, als der Ständige Ausschuß sich Anfang November des letzten Jahres ausführlich damit befaßte. Der Entwurf wurde damals zur Überarbeitung an die zuständigen Regierungsstellen zurückgeschickt, da sich breite Kritik unter den Delegierten regte. Das von der Regierung vorgelegte Dokument sah eine Abschaffung der vielgestaltigen Straßen- und Kraftwagengebühren vor, die von lokalen Verwaltungen in China erhoben werden. Statt dessen wollte die Regierung eine neue Treibstoffsteuer erheben. Die Delegierten kritisierten diesen Vorschlag jedoch als Benachteiligung der lokalen Verwaltungen und als unzumutbare Mehrbelastung für ländliche Haushalte, die auf günstige Treibstoffe angewiesen seien. (C.a. 1998/11, S.1206)

Die Zurückweisung des Straßengesetzes ist politisch bemerkenswert. Denn in den letzten zehn Jahren war nur eine einzige Gesetzesvorlage der Regierung (sie betraf eine Neuordnung der städtischen Nachbarschaftskomitees) bei der Abstimmung im Ständigen Ausschuß des NVK durchgefallen. Das Straßengesetz muß nun nochmals überarbeitet und in einer späteren Sitzung erneut vorgelegt werden. -hei-

8 Rechtsanwälte sollen Beitrag zur sozialen Stabilität leisten

Ende April hat in Beijing der 4. Nationalkongreß des Chinesischen Anwaltsverbandes stattgefunden. Die Tagung stand im Zeichen des raschen Aufstieges dieser Profession im Wirtschaftsleben. Zugleich aber wurden auch die Schwierigkeiten angesprochen, die